Stadt Uster ist in die rechtsextreme Propagandafalle getappt

USTER Die Stadt Uster hat der rechtsextremen Partei National Orientierter Schweizer (Pnos) Material für eine propagandistische Aufräumaktion ausgehändigt. Oberländer Linke erheben Vorwürfe; die Stadt räumt Fehler ein.

Mitglieder der Pnos sammeln Abfall bei der Ustermer Schifflände. Das Material erhielten sie von der Stadt Uster ausgehändigt. *Facebook*

Man habe «wohl etwas zu wenig weit gedacht», sagt Anita Bernhard, die Abteilungsleiterin Gesundheit der Stadt Uster. Die ihr unterstehende Leistungsgruppe Abfall und Umwelt hatte der rechtsextremen Partei National Orientierter Schweizer (Pnos, siehe Box) Müllsäcke, Greifzangen und Handschuhe zur Verfügung gestellt. Mit den städtischen Hilfsmitteln reinigten Mitglieder der Zürcher Pnos-Sektion am 2. Mai das Greifenseeufer in Niederuster. Die Aktion stand im Zusammenhang mit dem 1. Mai: «Während Linke die Städte verwüsten, säubert die Pnos Ihre Gemeinde», so der Leitspruch. Ähnliche Aktionen wie in Uster führte die Pnos auch in den Kantonen St. Gallen, Aargau und Baselland durch.

In Uster brachten die Pnos-Mitglieder im Anschluss an die Aktion Plakate an. «Dieses Seeufer wurde für Sie von der Pnos gereinigt, damit Sie hier unbeschwert den Sommer-Start geniessen können», hiess es auf diesen. Auch vermarktete die Partei ihre Aktion auf Facebook: Zwei Feuerstellen und ein längeres Wegstück seien von «zirka sechs Kilogramm Zigarettenstummeln und anderem Müll befreit worden». Mehrdeutig war von einer «Säuberungsaktion» die Rede. Der Stadt Uster sowie den angeblich beteiligten freiwilligen Helfern wurde ein «herzlicher Dank» ausgesprochen.

«Angelogen und missbraucht»

Die für die Aktion Verantwortlichen hätten sich gegenüber der Stadt als Pnos-Exponenten zu erkennen gegeben, sagt Anita Bernhard. «Wir wussten schon, was das für eine Gruppierung ist und dass wir deren Interessen nicht teilen. Für uns stand aber der Anti-Littering-Gedanke im Vordergrund.» Deshalb habe man das Material ausgehändigt. «Die Organisatoren haben uns versichert, dass sie ihre Aktion nicht medial vermarkten würden.» Ein Versprechen, das offensichtlich nicht gehalten wurde. Bernhard sagt deshalb, dass die Stadt Uster «angelogen und missbraucht» worden sei.

Nadia Kuhn, die Co-Präsidentin der Juso Zürich Oberland, bezeichnet es als «sehr bedenklich, dass die Stadt einer offen rechtsradikalen Partei Material überlässt». Die städtischen Verantwortlichen hätten naiv gehandelt und die Pnos offensichtlich verharmlost.

Die Ustermer Abteilungsleiterin Anita Bernhard spricht von einer «Lehre» für sich und ihre Mitarbeiter. «Wir werden das so nicht mehr machen», sagt sie. Dass die Pnos ihre Aktion in Uster im Sommer mit städtischer Unterstützung wiederholen kann, wie sie im Internet ankündigt, ist deshalb wohl unwahrscheinlich.

Benjamin Rothschild

PARTEI NATIONAL ORIENTIERTER SCHWEIZER (PNOS)

«Ahnensturm» trotz Gewaltverzicht

Das Bundesamt für Polizei stufte die Partei National Orientierter Schweizer (Pnos) im Staatsschutzbericht 2001 als rechtsextreme Organisation ein. Mit den Jahren wurde die Partei dann als immer weniger gefährlich beurteilt, unter anderem, weil sie einen Gewaltverzicht erklärte. In einigen Schweizer Gemeinden schafften Pnos-Mitglieder den Sprung in die Legislative. In der solothurnischen Gemeinde Günsberg gelang einem Pnos-Exponenten 2005 gar die Wahl in die Gemeindeexekutive. Heute verfügt die Pnos laut eigenen Angaben über mehrere Sektionen, eine im Kanton Zürich. Auf ihrer Internetseite spricht sich die Pnos gegen die «heuchlerischen Phrasen von Multikultur und der Vermischung aller Völker aus». Sie plädiert für einen «echten Volksstaat, in welchem Eidgenossen leben und gedeihen können». Die Pnos verfügt über einen eigenen Sicherheitsdienst, den sogenannten «Ahnensturm». *bro*

«Verteilverbot kann positiven Effekt haben»

AKTION «LIES!» Der oberste Gemeindepräsident im Kanton, Jörg Kündig*, sympathisiert mit einem Verbot von Koranverteilungsaktionen.

Vor kurzem präsentierte Sicherheitsdirektor Mario Fehr (SP) ein juristisches Gutachten zur Frage, ob Koranverteilungsaktionen wie «Lies!» geduldet werden müssen oder nicht. Der Gutachter kommt zum Schluss: Nein, das müssen sie nicht, und er zeigt die rechtlichen Hebel dagegen auf. In der Folge empfahl Sicherheitsdirektor Fehr in einem Brief an alle Zürcher Gemeinden, solche Aktionen inskünftig zu unterbinden. Die beiden hauptbetroffenen Gemeinden – die Städte Zürich und Winterthur – äusserten sich zu Fehrs Empfehlung bisher entweder gar nicht (Zürich) oder nur sehr zurückhaltend (Winterthur). Wir fragten den Präsidenten des Gemeindepräsidentenverbandes, Jörg Kündig, was er von einem Verbot und Fehrs Empfehlung hält.

Sicherheitsdirektor Mario Fehr empfiehlt den Gemeinden, Aktionen mit islamistischem Hintergrund wie «Lies!» zu unterbinden. Halten Sie ein Verbot für richtig?

Jörg Kündig: Das kann man nicht einfach mit Ja oder Nein beantworten, das werden Sie mir nachsehen.

Warum nicht?

Das Thema hat verschiedene Facetten, nicht nur schwarz und weiss. Einerseits sind die Gemeinden froh um das Wissen, dass sie solche Aktionen mit guten Gründen unterbinden können. Anderseits stellt sich die Frage der Meinungs- und Religionsfreiheit sowie der Verhältnismässigkeit. Man muss dabei mit anderen, ähnlichen Tätigkeiten vergleichen. Beispielsweise mit dem Sammeln von Unterschriften oder dem Verteilen von Bibeln. Ausserdem stellt sich die Frage, ob ein Verbot nicht nur ein symbolischer Akt wäre.

Sind Sie persönlich eher für oder gegen ein Verbot solcher Aktionen?

Persönlich glaube ich, dass ein Verbot einen positiven Effekt haben kann. Denn es signalisiert, dass solch heikle Propaganda in der aktuellen Gefährdungssituation auf unserem Grund und Boden unerwünscht ist. Von daher habe ich gewisse Sympathien für die Empfehlung.

Ist das Gutachten für die Gemeinden hilfreich? Bringt es etwas, was vorher nicht vorhanden war?

Jörg Kündig

Ja. Es stellt sich die grundsätzliche Frage, ob bei den Aktionen nur ein Grundrecht wahrgenommen wird oder ob diese rechtlich bedenklich sind. Hier besteht tatsächlich Erklärungsbedarf. Das Gutachten sagt, dass die Ausrichtung der Verteilaktion entscheidend ist, nicht die Aktion selber. Diese dient laut Gutachten dazu, «Personen für die Unterstützung oder die Propaganda verbotener Tätigkeiten zu gewinnen». Zudem bestätigt der Bundesnachrichtendienst, dass bei «Lies!» eine Gefährdung des Gemeinwesens vorliegt. Ein solcher Hintergrund ist bei anderen Aktionen eben nicht vorhanden. Also ist die Koranverteilungsaktion nicht so harmlos, wie man vordergründig meinen könnte.

Glauben Sie, dass sich Radikalisierungen mit einem Verbot verhindern lassen?

Nein, das glaube ich nicht. Radikalisierungen erfolgen auf ganz verschiedenen Wegen. Vieles passiert in Hinterzimmern, im Internet oder sonst irgendwo. Man kann sie auf diesem Weg nicht wirklich vermeiden. Aber ein Verbot von «Lies!»-Aktionen ist immerhin ein Ansatzpunkt. Man zeigt damit, dass man Radikalisierungen verhindern und möglichst früh einschreiten will.

Fehr verlangt ein nationales Verbot gewisser Organisationen. Unterstützen Sie das?

Wenn der Bundesnachrichtendienst zur Erkenntnis gelangt, dass bestimmte Organisationen tatsächlich gefährlich sind, ist ein Verbot konsequent. Das muss der Nachrichtendienst von Fall zu Fall klären.

Sind Sie in Gossau schon einmal mit der Koranverteilung konfrontiert worden?

Nein. Zürich, Winterthur oder andere Städte sind da stärker exponiert. Die Koranverteilung hat unseren Verband, den GPV, bisher auch kaum beschäftigt. Es gibt andere Themen, die uns derzeit viel mehr zu denken geben: das Gesundheitswesen, Asylwesen und Integration, Finanzierungsfragen und Fragen der Zuständigkeit. Wir sind aber trotzdem dankbar für Fehrs Orientierung zu den «Lies!»-Aktionen. Wir wussten bisher nichts über die Erkenntnisse des Nachrichtendienstes. Wir sind froh um sie. Für uns ist es auch gut zu wissen, dass wir «Lies!»-Aktionen und dergleichen verbieten können, wenn wir wollen, und dass wir uns dabei auf ein Rechtsgutachten abstützen können.

Interview: Thomas Schraner

*Jörg Kündig ist Präsident des Gemeindepräsidentenverbandes (GPV) im Kanton Zürich. Er ist FDP-Kantonsrat und amtet als Gemeindepräsident von Gossau.

20 Millionen für Pavillons

BILDUNG Die Stadt Zürich braucht mehr Schulraum: 2018 sollen in Zürich sechs weitere Schulpavillons gebaut werden. Die Kosten betragen insgesamt 20,3 Millionen Franken.

Mit den Züri-Modular-Pavillons (ZM) können kurzfristig dringend benötigte Räume zur Verfügung gestellt werden, wie der Stadtrat gestern mitteilte. 2018 sollen sechs dreigeschossige Schulpavillons erstellt werden.

Bewilligt das Stadtparlament die 20,3 Millionen Franken, sollen mit den Bauarbeiten der Schulpavillons für die Schulanlagen Im Gut, Kügeliloo, Neubühl und Untermoos im Frühling 2018 begonnen werden. Der Baustart für die Pavillons in den Schulanlagen Allenmoos und Hürstholz ist für Sommer 2018 vorgesehen.

2014 hatte das Stadtzürcher Stimmvolk 20 Millionen Franken für Schulpavillons bewilligt. Ursprünglich wurde davon ausgegangen, dass das Geld für den Bedarf von Schulpavillons bis 2020 reichen würde. Der Schulraumbedarf in der Stadt Zürich stieg jedoch schneller und stärker als angenommen. Mittlerweile ist der Rahmenkredit ausgeschöpft. Der Stadtrat werde die Pavillons dem Gemeinderat künftig wieder mit einzelnen Objektkrediten beantragen. *sda*

Motorboot versinkt im See

KÜSNACHT Taucher der Seepolizei haben gestern ein Motorboot geborgen, das vor Küsnacht im Zürichsee gesunken war. Die Bootsbesitzerin hatte sich bei der Polizei gemeldet, weil sie ihr Boot nicht mehr am Anlegeplatz finden konnte.

Die ausgerückten Seepolizisten hätten zunächst die nähere Umgebung an der Seeoberfläche abgesucht, allerdings vergeblich. Danach führten die Polizisten die Suche mit einem Sonargerät unter Wasser durch. Dabei zeigte sich, dass das Boot durchaus noch am Bojenplatz war – allerdings 15 Meter weiter unten in der Tiefe.

Wie die Kantonspolizei mitteilte, konnte das Boot mithilfe von Hebekissen geborgen werden. Danach wurde es in einen Hafen abgeschleppt. Weshalb es sank, ist gemäss Angaben der Polizei noch unklar. Der Sachschaden wird auf mehrere Zehntausend Franken geschätzt. Eine Gefahr für die Umwelt bestand nicht. *sda*

Seepolizei birgt Boot. *Kapo Zürich*

Sitzzahl bleibt unverändert

ZÜRICH Die Wahlkreise in der Stadt Zürich werden in der Legislatur 2018–2022 im Stadtparlament gleich viele Sitze haben wie bisher. Der Stadtrat hat die Verteilung der 125 Sitze auf die neun Wahlkreise ermittelt. Die Bevölkerung habe in allen Wahlkreisen relativ gleichmässig zugenommen, teilte der Stadtrat gestern mit. *sda*